

Verpaßte Chance?

Vor 60 Jahren wies der Westen das spektakuläre Angebot der „Stalin-Note“ zurück

Es fällt schon auf, wenn sich die systemkonformen Medien hierzulande die Gelegenheit entgehen lassen, ein Datum von historischer Relevanz als willkommenen Anlaß für antikommunistische Exzesse zu nehmen. In diesem Jahr verfielen sie in eine sonst unübliche Schweigsamkeit. Selbst ideologische Leitblätter der deutschen Bourgeoisie wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und die „Süddeutsche Zeitung“ widmeten vom zweiten Märzwochenende einem Dokument keine einzige Zeile, das vor sechs Jahrzehnten für erhebliches Aufsehen gesorgt hatte: der sogenannten Stalin-Note vom 10. März 1952.

Mit dieser diplomatischen Initiative wandte sich Moskau an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs und plädierte für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, wobei die UdSSR-Führung konkrete Vorschläge für dessen Ausgestaltung unterbreitete. Als Kernbestandteile betrachtete sie das Weiterbestehen Deutschlands als einheitlicher Staat, gesamtdeutsche Wahlen nach den Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus, den Abzug aller Besatzungsmächte von deutschem Boden und die Festlegung des demokratisch verfaßten deutschen Staates auf einen ihn vertraglich verpflichtenden Neutralitätsstatus.

Diese Offerte, von sowjetischer Seite keine sieben Jahre nach Kriegsende unterbreitet, bekräftigte den bereits 1942 durch Stalin bekundeten politischen Realismus, daß „die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleiben“. Wohlgermerkt: Diese Aussage traf damals der Führer eines Landes, das unter Bruch des zwischen Moskau und Berlin abgeschlossenen Nichtangriffsvertrages durch Hitlerdeutschland überfallen worden war und einen Verteidigungskrieg auf Tod und Leben führen mußte. Hätte da nicht eher der Gedanke nahegelegen, das deutsche Volk für die von den Nazis in seinem Namen und mit Massenunterstützung begangenen Greuel ohne Ende nach der Faustregel „Auge um Auge – Zahn um Zahn“ die Rechnung begleichen zu lassen?

„Rachegeleüste“ solcher Art führten bekanntlich bei westlichen Partnern der Antihitlerkoalition zu „Zukunftsentwürfen“ für Nachkriegsdeutschland, wie sie sich am extremsten in Gestalt des im August 1944 vorgelegten Morgenthauplanes manifestierten. US-Präsident Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau schlug die „Zerlegung“ Deutschlands in vier deindustrialisierte, auf agrarisches Niveau beschränkte und entmilitarisierte Kleinstaaten vor.

So gegensätzlich und miteinander unvereinbar diese Nachkriegsentwürfe beider Seiten auch waren, stimmten sie doch in der Absicht überein, Garantien dafür zu schaffen, daß von Deutschland „nie wieder Krieg ausgehen“ könne.



Stalin, Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945)

Darin bestand ohne Zweifel auch das Hauptanliegen der „Stalin-Note“. Dieses von politischer Nüchternheit geprägte Dokument stieß sofort auf heftige Ablehnung der westlichen Alliierten und ihrer bundesdeutschen Parteigänger. Deren Standardargumente gegen einen Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, Abzug aller Besatzungstruppen und – vor allem – den Neutralitätsstatus erschöpften sich in der Behauptung, Stalin gehe es ja um nichts



Mai 1945: Die Fahne mit Hammer und Sichel auf dem Reichstag

anderes als die „Ausdehnung des sowjetischen Einflusses“ in Richtung Westeuropa. Das Beschwören einer imaginären „roten Gefahr“ richtete sich gegen den Abzug ihrer Besatzungstruppen von deutschem Boden. Schließlich liege Moskau vom Rhein weniger weit entfernt als Washington, so daß „die Russen“ jederzeit wieder zurückkehren könnten. Das Fazit solcher Gedankenspiele

war die Behauptung, Stalins Initiative sei „reine Propaganda“.

Die Konsequenzen, welche die politischen und sozialen Kräfte in Ost und West aus den Erfahrungen des gerade überstandenen Krieges zogen, waren nicht nur unterschiedlich, sondern geradezu konträr. Ihre Handlungsmotive gingen von „Sachzwängen“ aus, die der jeweiligen Interessenlage entsprachen.

Daß die „Stalin-Note“ bei den imperialistischen Mächten und deren politischen Ziehkindern im deutschen Westen sofort scharfe Zurückweisung erfuhr, konnte nicht überraschen, weil der britische Premier Winston Churchill mit seiner berühmten Fulton-Rede vom März 1946 den „Eisernen Vorhang“ heruntergelassen und das Signal zum Kalten Krieg gegeben hatte, in dem sich die einstigen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition fortan als feindliche Konkurrenten gegenüberstehen würden.

In Washington, London und Paris begannen die politischen Machthaber einen antisowjetischen Feldzug, den sie – wenn auch verdeckt – eigentlich bereits während des gemeinsamen Kampfes gegen Nazideutschland geführt hatten: Mit dem bewußten Hinauszögern der Moskau zugesagten zweiten Front in Westeuropa hatten sie es dem sowjetischen Bündnispartner solange wie möglich überlassen, den opferreichen Kampf gegen die Aggressoren allein zu führen. Sie folgten dabei dem Gedanken, daß die UdSSR möglichst geschwächt in eine Nachkriegsordnung gehen sollte. Dann würden die Westalliierten nicht nur den Ton angeben, sondern auch ihre als Rollback bezeichnete Strategie des „Zurückrollens des Sozialismus“ zur letztlichen Beseitigung der „bolschewistischen“ Weltmacht durchsetzen können.

Unter Verzicht auf die „feine englische Art“ verkündete Churchill 1952 in einer Rede vor dem Unterhaus ganz unverblümt: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“ Damit signalisierte der damals einflußreichste britische Politiker einen strategischen Frontwechsel. Der pathologische Antikommunist „Ihrer Majestät“ hielt Ausschau nach Möglichkeiten einer Korrektur dessen, was der Westen – nach eigenem Bekunden – mit dem Zweiten Weltkrieg „angerichtet“ hatte. Hauptziel war jetzt, die sozialistische Großmacht Sowjetunion zu Fall zu bringen. Dazu bedurfte es der Mitwirkung der deutschen Bourgeoisie. Die flugs installierte und mit imperialistischer Hilfe wieder zu einer dominierenden Kraft gemachte BRD schloß sich mit fliegenden Fahnen dem westlichen Militärpakt an und übernahm darin die Rolle des Juniorpartners der USA.

Ihr Ziel war es, ökonomische und politische Stärke zu erlangen, um Schritt für Schritt zu einer europäischen Mittelmacht aufzusteigen und eines Tages „auf friedlichem Wege“ jene Ziele doch noch zu erreichen, die von den Hitlerfaschisten mit militärischer Gewalt erfolglos angestrebt worden waren. Für diese „Perspektive“ wurde die Aussicht auf ein einheitliches, demokratisches und paktfreies Nachkriegsdeutschland bewußt geopfert und statt dessen die Zweistaatlichkeit auf unbestimmte Dauer bevorzugt. Mit der Zurückweisung des von Stalin unterbreiteten Angebots, auf dem Weg freier Wahlen und eines Friedensvertrages die deutsche Einheit wiederherzustellen, beging die deutsche Bourgeoisie nationalen Verrat. Adenauers Credo „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“ ließ keinen Zweifel daran, daß für das westdeutsche Monopolkapital klassenegoistische Interessen absoluten Vorrang besaßen.

Die Stalin-Note eröffnete Deutschland ungeachtet seiner schweren Kriegsschuld eine Perspektive im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. Das Hauptanliegen Moskaus bestand darin, dem Vielvölkerstaat Sowjetunion eine möglichst lange Friedensperiode zu sichern, um die gravierenden Kriegsschäden überwinden, sich von den enormen Menschenverlusten allmählich erholen und schrittweise die Vorzüge einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zur Geltung bringen zu können. Mit einer Art „Cordon sanitaire“ an ihrer Westgrenze wollte sich die UdSSR ihrer Interessenslage entsprechende Bedingungen sichern. Die in Frage kommenden Nachbarländer boten dafür recht unterschiedliche Voraussetzungen: Nahezu problemlos entwickelte sich das Verhältnis zu jenen Staaten, die ihre Befreiung vom hitlerfaschistischen Joch der Roten Armee verdankten und bei deren Bevölkerung die Sympathie für ihre Befreier überwog. Dort vollzog sich eine Veränderung der Gesellschaftsordnung mit Kurs auf den Sozialismus.

Daß auch „schwierigere“ Nachbarn zumindest neutralisiert werden konnten, wurde am Beispiel Österreichs deutlich, das seine staatliche Wiedergeburt dem sowjetischen Sieg verdankte und sich mit der Akzeptanz des Status „immerwährender Neutralität“ politischen Spielraum verschaffte. Die Vermutung dürfte nicht abwegig sein, daß die „Stalin-Note“ durchaus darauf abzielte, das „Modell Austria“ auch auf Deutschland anzuwenden. Dort aber bestanden 1952 bereits zwei Staaten mit gegensätzlicher sozialer und politischer Ordnung. Welcher davon zuerst gegründet und mittels Währungs„reform“ und anderer Maßnahmen als tatsächlicher Spalterstaat installiert worden war, bedarf hier keiner Erläuterung.

Als Reaktion auf das Entstehen der BRD hatte Stalin den führenden Politikern der damaligen sowjetischen Besatzungszone

geraten, sich ihren eigenen Staat zu schaffen. So entstand die DDR, deren Gründung er in einer Grußbotschaft als „Wendepunkt in der Geschichte Europas“ bezeichnete. Sie



Der Beschluß der II. Parteikonferenz der SED wurde begeistert aufgenommen.

war zunächst – an ihrer ersten Verfassung deutlich ablesbar – von den gesellschaftlichen Grundlagen her ein bürgerlich-demokratischer, aber ebenso unzweideutig antifaschistischer Staat. Im Juli 1952 beschloß die 2. Parteikonferenz der SED, mit „der planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR“ zu beginnen.

Daß dieser Beschluß, der durchaus den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entsprach, mit Stalins über die DDR weit hinausgehenden strategischen Erwägungen völlig im Einklang gestanden hat, kann im nachhinein durchaus bezweifelt werden. Man mag (und muß) dem damals starken Mann im Kreml im Hinblick auf seine Methoden des Machterhalts manches zum Vorwurf machen, doch bei der Bewertung der Realitäten und sich daraus ergebender Schlußfolgerungen für die Interessen des Sowjetstaates ging er mit Sicherheit nicht fehl. Ohne das im einzelnen belegen zu können, sollte man ohne Scheu darüber nachdenken, ob die „Stalin-Note“ von 1952 nicht einem einheitlichen, bürgerlich-parlamentarischen, zugleich aber auch neutralen deutschen Staat gegenüber dem Weiterbestehen der noch nicht einmal zweieinhalb-jährigen DDR den Vorzug eingeräumt hat. So schmerzhaft es ist, diesem Gedanken weiter folgen zu müssen, kann man ihm nicht ausweichen. Die Frage, ob die Länder der Volksdemokratie – darunter auch die DDR – damals bereits jene historische Entwicklungsstufe erreicht hatten, in der sie für die sozialistische Revolution tatsächlich reif waren, muß nach dem konterrevolutionären Rückschlag der Jahre 1989 bis 1991 ebenso auf den Prüfstand. Obwohl Stalin mit seinem auf den Frieden in Europa und der Welt zielenden, zugleich aber auch strategische Großmachtinteressen der UdSSR unterstreichenden Deutschland-Projekt die DDR de facto zur Disposition stellte, läßt sich das nicht mit jenem infamen Verrat gleichsetzen, den Jahrzehnte später der zum Renegaten

gewordene Scharlatan Gorbatschow und dessen Clique an ihren Verbündeten beginnen. Handelte es sich dabei um die definitive Liquidierung des Sozialismus in der UdSSR und deren europäischen Bruderländern, so besaß die Stärkung des Sowjetstaates – um welchen Preis auch immer – für Stalin absolute Priorität. Die Tatsache, daß sich so integre Partei- und Staatsführer der DDR wie Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für die Annahme der „Stalin-Note“ aussprachen, weil sie bei allen Bedenken, die sie gewiß gehabt haben, vom Primat der Friedenssicherung ausgingen, ist aufschlußreich genug.

Die historische Chance, wie sie sich 1952 eröffnete, wurde von der westlichen Aggressionsallianz verworfen, wobei sich die bundesdeutsche Bourgeoisie besonders hervortat. Dabei war ihr Ziel Nr. 1 – die Liquidierung der DDR – damals durchaus

in greifbare Nähe gerückt, allerdings um den Preis des Verzichts auf bundesdeutsche Mittäterschaft in der NATO. Dennoch ließen das Kapital und seine Adenauer-Regierung ihre Chance ungenutzt verstreichen. Es klingt wie ein Treppenwitz der Geschichte: Dank ihres mangelnden politischen Weitblicks sorgten die Möchtegern-Liquidatoren der DDR dafür, daß ihr verhaßter sozialistischer Nachbarstaat nicht bereits nach knapp drei Jahren das Zeitliche segnete, sondern daß ein Drittel Deutschlands dem Kapital 40 Jahre lang als Ausbeutungsobjekt entzogen blieb.

Dieser Sachverhalt erklärt wohl am besten die außergewöhnliche Schweigsamkeit unserer Gegner im Hinblick auf das nunmehr 60jährige Dokument. Denn eigene Dummheit läßt sich nur schlecht feiern, Selbsttore werden nicht bejubelt. Um so heftiger und anhaltender bleiben jedoch die Haßausbrüche der Antikommunisten auf alles, was die Völker an den zwar untergegangenen, aber im historischen Gedächtnis weiterbestehenden deutschen Friedensstaat erinnert

Wolfgang Clausner

Am 24. Juni ist

Petronella Clausner

nach langer schwerer Krankheit im 83. Lebensjahr in Schwerin verstorben. Sie war eine profilierte Journalistin der DDR. Durch ihren Tod hat unser Autor Wolfgang Clausner, langjähriger stellvertretender Chefredakteur der DDR-Wochenzeitung „horizont“ und Mitbegründer des RF, seine geliebte Frau verloren. Wir alle drücken Dir, lieber Wolfgang, in menschlicher Solidarität und unverbrüchlicher Freundschaft fest die Hand.

Erfahrungen aus Blocksystemen

Zum Miteinander mehrerer Parteien beim Aufbau des Sozialismus

Bürgerliche Politiker und Medien (aber auch einige „Linke“) denunzieren ehemals sozialistische Länder sowie Staaten, die heute noch einer sozialistischen Orientierung folgen, mit besonderer Vorliebe als „Ein-Parteien-Diktaturen“. Selbst die DDR, in der fünf Parteien auf allen Ebenen im Demokratischen Block und später im Rahmen der Nationalen Front zusammenwirkten und in Fraktionsstärke an der Arbeit der Volkskammer teilnahmen, gilt nach bundesdeutscher Sprachregelung als „SED-Staat“.

Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei war von allen am Aufbau des Sozialismus Beteiligten anerkannt worden. Die vier anderen Blockparteien, über deren verdienstvolles Wirken wir in diesem Beitrag nicht detailliert berichten wollen, waren die Christlich-Demokratische Union (CDU), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD). In der Endphase des Bestehens der DDR vereinigten sie zusammengenommen fast 500 000 Mitglieder.

Wie ein Blick in die Geschichte zeigt, waren indes nahezu alle Staaten, die nach 1917 den sozialistischen Entwicklungsweg beschritten, zumindest in der jeweiligen Anfangsphase von einem Mehrparteiensystem ausgegangen.

Beginnen wir mit Rußland. Hier sprach sich die Kommunistische Partei nach der Oktoberrevolution für die Bildung einer Koalitionsregierung auf der Grundlage der Sowjetmacht und ihrer ersten Dekrete („Über den Frieden“ und „Über den Boden“) aus. Doch die rechtssozialdemokratischen Parteien (Menschewiki und rechte Sozialrevolutionäre) verweigerten sich Lenins Angebot zur Mitarbeit ebenso wie die anderen kleinbürgerlichen Parteien, die sich dem Boykott anschlossen. Dem gegenüber trat die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, die Einfluß auf Teile der Bauernschaft hatte, noch im Dezember 1917 in die Sowjetregierung – den Rat der Volkskommissare – ein. An der Spitze mehrerer als Volkskommissariate bezeichneter Ministerien (Justiz, Post- und Telegrafwesen, Landwirtschaft, Staatliches Eigentum, Städtische und Örtliche Selbstverwaltung) standen bis März 1918 Vertreter dieser Partei.

Im Gesamtrussischen Exekutivkomitee – der obersten Volksvertretung – und in den Sowjets aller Ebenen waren bis Anfang der 20er Jahre gewählte Vertreter anderer Parteien präsent, darunter auch Menschewiki.

Zum Bruch der ersten – und einzigen – sowjetischen Koalitionsregierung kam es, weil maßgebliche Linke Sozialrevolutionäre in der Folgezeit auf die Seite der Konterrevolution übergangen und den Rat



Der historische Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl besiegelte im April 1946 die Gründung der SED.

der Volkskommissare verließen. Doch im Sommer 1918 bildeten sich aus dieser fahnenflüchtig gewordenen Partei zwei neue Gruppierungen – die Volkstümmer-Kommunisten und die revolutionären Kommunisten –, während sich von den Menschewiki die Partei der Sozialdemokraten (Internationalisten) abspaltete.

Diese sowie andere linke und kleinbürgerliche Parteien zerfielen jedoch bis 1921/22. Zuvor hatten sie eigene Presseorgane besessen und waren in vielen örtlichen Sowjets vertreten gewesen. Die meisten von ihnen beschlossen nach dem Schwin-



den ihrer Anhängerschaft die Selbstauflösung oder vereinigten sich mit der von Lenin geführten Kommunistischen Partei (Bolschewiki), der 1922 rund 22 000 frühere Mitglieder anderer Parteien angehörten. Dabei handelte es sich um in das Lager der KPR übergegangene Sozialdemokraten (Internationalisten), Soziale Revolutionäre (Maximalisten), Revolutionäre Kommunisten, linke Borobisten und Angehörige des jüdischen Bundes.

Die Bedeutung von Mehrparteiensystemen wurde im Verlauf des antifaschistischen

Befreiungskampfes und des Sieges volksdemokratischer Revolutionen zwischen Ostsee und Adria erneut auf die politische Tagesordnung gesetzt. Die sich in diesem Prozeß herausbildenden Parteiensysteme in Ländern, die durch die Rote Armee oder unter ihrer maßgeblichen Mitwirkung vom Faschismus befreit worden waren, entwickelten sich auf Grund konkreter historischer Gegebenheiten und Prozesse sehr vielgestaltig.

In der Tschechoslowakischen Republik wirkten alle Parteien in einer Nationalen Front zusammen und waren auch in der Regierung und anderen Staatsorganen vertreten. Dabei handelte es sich um die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (mit der KP der Slowakei), die Sozialdemokratische Partei, die Volkssozialistische Partei, die christlich orientierte Volkspartei, die Demokratische Partei der Slowakei und die Slowakische Freiheitspartei.

Weitaus komplizierter gestaltete sich die Lage in Polen. Doch auch hier wirkten die Polnische Arbeiterpartei (Kommunisten), die Polnische Sozialistische Partei, die Volkspartei (Bauern) und die Demokratische Partei im Demokratischen Block zusammen. Gegen diesen wandte sich allerdings ein oppositioneller Parteienblock, welcher der Londoner Exilregierung nahestand.

In Bulgarien, das wie Rumänien zunächst noch Monarchie war, vereinten sich mehrere Parteien in einer Vaterländischen Front. Es handelte sich dabei um die Bulgarische Arbeiterpartei (Kommunisten), die Sozialdemokratische Partei (linker Flügel), den Bauernbund, die Partei „Sweno“ und die Radikale Partei. Auch die Vaterländische Front sah sich einem gegnerischen Block aus den rechten Flügeln von Bauern und Sozialdemokraten gegenüber.

Nicht wesentlich anders gestaltete sich das innenpolitische Kräfteverhältnis in Ungarn und Rumänien.

Im Zeitraum von 1947 bis zum Beginn der 50er Jahre klärten sich in den europäischen Ländern, die den Weg tiefgreifender Umgestaltungen beschritten und nach einer Übergangsperiode mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus begonnen hatten, die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse. Zunächst vereinigten sich hier die deutlich stärkeren kommunistischen Parteien mit den zahlenmäßig schwachen Sozialdemokraten. Reaktionäre politische Kräfte wurden durch Parlaments- oder Regierungsbeschlüsse ausgeschaltet. Mit den Kommunisten verbündete Parteien lösten sich in der Regel selbst auf, schlossen sich anderen Parteien an oder gingen

unmittelbar in den Strukturen Nationaler Fronten auf.

In Bulgarien handelte es sich dabei um die Radikale Partei und die Partei „Sweno“, in Ungarn um die Bürgerlich-Demokratische Partei, die Demokratische Volkspartei und die Partei Christliches Frauenlager, in Rumänien um die Nationale Volkspartei, die Demokratische Bauernpartei und die beiden gleichnamigen National-Liberalen Parteien. Bis 1954 stellten auch in Ungarn die Partei der Kleinen Landwirte, die Nationale Bauernpartei, die Radikale Partei und die Unabhängige Demokratische Partei ihre Aktivitäten ein, während in Rumänien die Pflügerfront und MADOS als selbständige Formationen ausschieden. All das erfolgte natürlich nicht ohne erbitterte Flügelkämpfe und Klassenaus-einandersetzungen.

Während eine Vielzahl sehr kleiner nicht-kommunistischer Parteien verschwand, nahmen etliche ihrer führenden Politiker noch viele Jahre hohe und höchste Positionen der Volksrepubliken ein. So war z. B. in Rumänien der frühere Vorsitzende der Pflügerfront Petru Groza bis 1952 Ministerpräsident und danach bis zu seinem Tode im Jahr 1958 Staatsoberhaupt. In Ungarn wirkte der 1968 verstorbene ehemalige Vorsitzende der Partei der Kleinen Landwirte Istvan Dobi bis 1952 als Regierungschef und danach noch bis 1967 als Staatspräsident.



Symbol der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD)

Die nichtkommunistischen Parteien sozialistischer Länder pflegten eine enge und ergiebige internationale Zusammenarbeit. So unterhielten die CDU der DDR mit der Tschechoslowakischen Volkspartei, die DBD mit den Bauernparteien in Polen und Bulgarien und die LDPD mit der Sozialistischen Partei der Tschechoslowakei, der Demokratischen Partei in Polen, der Demokratischen Partei Vietnams sowie seit Anfang der 80er Jahre mit der Sozial-Demokratischen Partei in der KVDR freundschaftliche Beziehungen. Die NDPD nahm in den 80er Jahren Kontakt zu einer der beiden kleinen slowakischen Parteien auf.

Zu Beginn der 80er Jahre wurden nach Angaben der LDPD-Zeitung „Der Morgen“ für die Sozial-Demokratische Partei Koreas insgesamt 25 500 Mitglieder sowie eine Parlamentsfraktion von 25 (unter 680) Abgeordneten angegeben. Ähnliche Zahlen nennt Wikipedia auch für die Gegenwart. In bezug auf eine religiöse Partei in



Das täglich erscheinende Zentralorgan der NDPD

Nordkorea werden etwa 13 000 Mitglieder genannt.

In der Sozialistischen Republik Vietnam haben sich hingegen die Sozialistische Partei und die Demokratische Partei 1988 selbst aufgelöst.

In der Republik Kuba waren zunächst drei Parteien an der Machtausübung beteiligt. Sie vereinigten sich 1965 zur KP Kubas.

Während in Jugoslawien nach Ausrufung der Volksrepublik zunächst noch ein Mehrparteiensystem bestand, ist ähnliches aus der Mongolei und Albanien nicht bekannt.

Besondere Aufmerksamkeit verdient das seit langem funktionierende System der Mehrparteienszusammenarbeit und der politischen Konsultation unter Führung der KP in der Volksrepublik China. Es unterscheidet sich grundsätzlich von Mehrparteiensystemen kapitalistischer Länder als auch vom Einparteiensystem einiger ehemals sozialistischer Länder. Außer der KP Chinas bestehen acht weitere Parteien. Diese entstanden im Prozeß der Neudemokratischen Revolution gegen die feudalen und halbkolonialen gesellschaftlichen Verhältnisse (1912–1949), die unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei vollzogen wurde. Seit ihrer Gründung arbeiten sie mit der KPCh eng zusammen. Es handelt sich um:

1. Das Revolutionäre Komitee der chinesischen Guomindang, gegründet im Januar 1948 in Hongkong. Die Mitglieder kommen hauptsächlich aus der einstigen Guomindang oder sind Persönlichkeiten, die früher mit ihr in Verbindung standen. Die Partei pflegt das Erbe von Sun Yat-sen.
2. Die Chinesische Demokratische Liga, gegründet im Oktober 1941 in Chongqing. Ihr gehören überwiegend Intellektuelle aus der Mittel- und der Oberschicht an.
3. Die Chinesische Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau entstand im Dezember 1945. Mitglieder waren zur Zeit der Gründung vor allem Angehörige der Bourgeoisie und Intellektuelle mit Kontakten zur Wirtschaft.
4. Die Chinesische Gesellschaft für die Förderung der Demokratie, gegründet im Dezember 1945 in Shanghai. Ihre Mitglieder sind mehrheitlich Intellektuelle aus den Bereichen Erziehung, Kultur und Wissenschaft sowie dem Verlagswesen.
5. Die Chinesische Demokratische Partei der Bauern und Arbeiter, gegründet im August 1930 in Shanghai. Ihre Mitgliedschaft besteht meist aus Intellektuellen

der Bereiche Gesundheitswesen, Wissenschaft und Technik, Kultur und Bildung.

6. Die Zhi-Gong-Partei Chinas, gegründet im Oktober 1925. Zu ihr zählen mehrheitlich in das Heimatland zurückgekehrte Auslandschinesen, Familienangehörige im Ausland lebender chinesische Bürger sowie mit Auslandschinesen in Verbindung stehende Personen.
7. Die Gesellschaft des 3. September, gegründet im September 1944. Ihr gehören vor allem Intellektuelle aus der früheren Ober- und Mittelschicht an, die in Wissenschaft und Technik, Kultur und Erziehung sowie im Gesundheitswesen tätig sind.
8. Die Demokratische Selbstbestimmungsliga Taiwan. Diese Partei formierte sich im November 1947 in Hongkong. Ihre Mitglieder und Sympathisanten stammen vorwiegend aus Taiwan und leben jetzt auf dem Festland.

Die insgesamt etwa 700 000 Mitglieder umfassenden Parteien sind durch Abge-



Sondermarke der DDR zu Ehren des langjährigen Volkskammerpräsidenten Dr. Johannes Dieckmann (LDPD)

ordnete im Nationalen Volkskongreß (Parlament) und der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes – einem Beratungsorgan, das mit dem Parlament eng zusammenarbeitet – vertreten. Viele bekleiden leitende Positionen in parlamentarischen Gremien, der Regierung, wirtschaftlichen, kulturellen, bildungspolitischen, wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen.

Leider sind die Mehrparteiensysteme, die früher in einigen sozialistischen Ländern Europas bestanden, im Laufe der Jahre erstarrt, so daß sie ihre Potenzen nicht wirklich voll entfalten konnten. Das sollte Gegenstand weiterer Untersuchungen sein. Auch in der DDR verlief diese Entwicklung rückläufig, so daß die anfangs äußerst produktive und konstruktive inhaltliche Zusammenarbeit der Parteien des Demokratischen Blocks im Laufe der Zeit mehr und mehr zur Routine wurde. Dafür gibt es vor allem subjektive Gründe.

So gilt es aus meiner Sicht, die Stärken und Schwächen der Mehrparteiensysteme in diesen Ländern gründlich zu analysieren – nicht zuletzt auch mit Blick auf Lateinamerika, wo sich derzeit breitgefächerte linke Bündnisse entwickeln, die für künftige Wege in nichtkapitalistische, sozialistische Gesellschaften nutzbar gemacht werden können.

Siegfried R. Krebs, Weimar

Unser Autor war von 1973 bis 1986 Mitglied und Funktionär der LDPD, zuletzt als Kreissekretär in Gera.